Bezugspreis: [illegible] in Neuenbürg [illegible]. Durch die Post [illegible] und Oberamtsbezirk, sonst im sonstigen [illegible] Verkehr M 12000 mit Postbestellgebühr. [illegible] vorbehalten.) [illegible] von höherer Gewalt besteht kein Anspruch [illegible] Lieferung der Zeitung [illegible] Rückerstattung des Bezugspreises.

[illegible] nehmen alle [illegible], in Neuenbürg [illegible] die Austräger [illegible] entgegen.

[illegible] Nr. 11 bei der [illegible]-Postkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum f. Bezirk 700 M außerhalb desselben 800.- M einschließl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunftserteilung 500 M. Reklame-Zeile 2000 M. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Nachlaßes hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tariferhöhungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 155. | Neuenbürg, Freitag, den 6. Juli 1923. | 81. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 4. Juli. Der Finanzausschuß hat den zweiten [illegible] zum Staatshaushaltsplan für 1923 beraten. Für die [illegible] der Staatsbeamten ohne die Geistlichen ist für den [illegible] des Rechnungsjahres ein Mehraufwand von 214 Milliarden [illegible] erforderlich, wozu das Reich 155 Milliarden zuschießt. Der [illegible] für 1923 wird auf 159 Milliarden geschätzt. Zur [illegible] soll vor allem der Anteil des Landes an der Reichseinkommensteuer dienen, außerdem sollen die Katastersteuern beträchtlich erhöht werden. Sodann wurden noch Anträge Pfülf-Andre-Scheef angenommen betr. einmalige Beihilfen an die Kriegsblinden, Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge, Erhöhung der Unterstützungssätze für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, sowie für die sozialen Kleinrentner gleichzeitig mit der Regelung der Beamtenbezüge, Herabsetzung des Anteils der Gemeinden an den Aufwendungen für Kriegs- und Sozialrentner, sowie für Erwerbslose auf höchstens [illegible] Prozent und rasche Auszahlung der Bezüge an die Rentenempfänger, wobei leistungsschwachen Gemeinden Vorschüsse gewährt werden sollen. Ein Antrag Pfülger-Heymann, die Regierung zu ersuchen, in einem Nachtragsplan für 1923 die Hochschullehrer in die zuständigen Besoldungsgruppen nach dem Prinzip der Sechsteilung einzuweisen, wurde mit 6 Stimmen gegen 12 Enthaltungen abgelehnt, dagegen ein Antrag der [illegible] Parteien angenommen, das Staatsministerium zu ersuchen, spätestens im Planjahr 1924 die Verbesserung der Besoldungsordnung, sowie die Schaffung von Beförderungs- und Spitzenstellen für die Hochschullehrer möglichst nach dem Grundsatz der Sechsteilung durchzuführen. Dem dritten Nachtrag, der 625 Mill. Mark zur Erwerbung weiterer Aktien des Dampfkraftwerks Württemberg anfordert, das im Laufe des Sommers das Dampfkraftwerk in Heilbronn in Betrieb setzen kann, hofft, wurde bei Stimmenthaltung von Bürgerpartei und Bauernbund zugestimmt. Der Finanzausschuß ist damit vorläufig mit seinen Arbeiten fertig.

Anteil Württembergs an der Biersteuer.

Der Steuerausschuß des Reichstags beschäftigte sich heute mit dem Gesetzentwurf, der die in dem Gesetz über den Eintritt der Freistaaten Bayern, Württemberg und Baden in die Biersteuergemeinschaft festgelegten Aufwendungen regelt. Diesen Freistaaten wurde seinerzeit ein bestimmter Anteil an der Biersteuer für die Aufgabe ihrer Biersteuerreservate zugesichert, der nach Höchstbetrag begrenzt war, der aber infolge der Geldentwertung nun längst überholt ist. Der Steuerausschuß beschloß, den Höchstbetrag für Bayern von 78 Millionen auf 7 Milliarden, für Württemberg von 15 Millionen auf 1320 Millionen und für Baden von 10 Millionen auf 910 Millionen zu erhöhen unter der Voraussetzung, daß eine Erhöhung der Biersteuer auf das 350fache vom Reichstag beschlossen wird.

Dr. v. Knilling auf dem Amerikanerfest in München.

München, 5. Juli. Der neue amerikanische Generalkonsul in München Lay trat gestern abend bei dem amerikanischen Unabhängigkeitsfest zum erstenmale vor die breiteste Oeffentlichkeit, und zwar mit einer großen politischen Rede. Es ist interessant, daß bei diesem amerikanischen Unabhängigkeitsfest die führenden Persönlichkeiten Münchens in Politik, Kunst und Wissenschaft erschienen, und zwar an der Spitze der Ministerpräsident mit sämtlichen Mitgliedern seines Kabinetts. Der amerikanische Konsul, der erst wenige Wochen in München und der deutschen Sprache nicht mächtig ist, sprach englisch und wies auf die Notwendigkeit der Verständigung der alten und neuen Welt im allgemeinen und Deutschland und Amerika im besonderen hin. Der Ministerpräsident Dr. v. Knilling ergriff sofort das Wort und kennzeichnete die Notwendigkeit, daß wir nicht nur materiell, sondern auch im geistigen Kampfe gegen Lüge und Verleumdung Unterstützung finden werden und finden müssen, wenn einmal das Weltgewissen wachgerüttelt sei.

Deutsche durch Deutsche den Franzosen in die Hände gespielt?

Unter der Ueberschrift: „Wieder drei Deutsche ausgeliefert. Die deutsche Polizei in Ohligs als Scherge Frankreichs" bringt die „Bergisch-Märkische Zeitung" unterm 1. Juli folgende Aufsehen erregende Meldung, für die wir der Zeitung die volle Verantwortung überlassen müssen, die aber unbedingt rückhaltlose Aufklärung durch die Regierung fordert. Am Mittwoch morgen gegen 6 Uhr wurden am Bahnhof Ohligs von der deutschen Polizeibehörde drei Personen verhaftet, die große Pakete bei sich hatten. Es wurden bei ihnen etwa 150 Kilogramm Sprengstoffe gefunden. Nach ihrer Angabe wollten sie ins Eindruchsgebiet über Düsseldorf nach Neuß. Sie wurden in Ohligs eingesperrt und vor ihrer Zelle wurde sogar ein Doppelposten aufgestellt, so daß sie unter schärfster Bewachung waren. Von der deutschen Polizei wurden sie der englischen Behörde gemeldet. Auch der englische Kreisoffizier hat sie daraufhin verhört. Nach dem Uebereinkommen hat die englische Behörde den Franzosen pflichtgemäß davon Mitteilung gemacht. Am Abend gegen 6.30 Uhr kam ein französisches Auto mit einem Offizier und drei Mann zum Ohligser Rathaus. Sie fuhren dann wieder weg, vermutlich, weil es noch heller Tag war. Seit Donnerstag sind die Verhafteten aus Ohligs weg, und es ist anzunehmen, daß sie den Franzosen ausgeliefert worden sind! Die deutsche Polizei in Ohligs hat jede Auskunft darüber verweigert. Verantwortlich ist der Polizei-Inspektor Hoprecht, der den Engländern davon Mitteilung gemacht hat, obwohl er wissen muß, daß die Franzosen dann die Auslieferung verlangen können. Die Ohligser Polizeibeamtenschaft war über dieses Verhalten empört. Nein informatorisch sei auch mitgeteilt, daß der englische Platzoffizier dies Verhalten der deutschen Polizei unbegreiflich fand. Er ließ durchblicken, daß er den drei Deutschen gern die Flucht ermöglicht hätte. Kommissar Weber von der politischen Polizei hat den Beamten gesagt: „Wir haben nur unsere Pflicht getan." Die drei Verhafteten hießen Schulz, Schieboldt und Adams. Sie sollen aus München kommen. Ihre Pässe stammen aus Hagen. Einer von ihnen ist auch bei einer Sprengung nicht allzuweit von Köln zugegen gewesen. Privat wird unterstellt, daß die drei Opfer von Sozialisten denunziert wurden.

Lahmlegung der Kruppwerke durch die Franzosen.

Die Verhandlungen der Kruppschen Verwaltung und des Betriebsrats mit der französischen Besatzung des Werkes haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die Franzosen verlangen neuerdings, daß ihnen die Haupteisenbahnlinie, welche durch das ganze Werk geht, zur Verfügung gestellt wird, da sie diese Linie zum Abtransport für ihre lagernde Kohle benötigen. Außerdem soll ein Streifen von achtzehn Meter rechts und links der Bahnlinie frei bleiben. Die Forderungen sind unerfüllbar, da die Bahnlinie für die Kruppschen Werke selber dringend notwendig ist. Die Franzosen drohen im Falle der Ablehnung mit der Besetzung weiterer Kruppschen Anlagen.

Die Wirkung der Verkehrssperre.

Die Auswirkungen der über die Städte Duisburg, Mülheim, Oberhausen und Hamborn verhängten Sperre für Autos, Straßenbahnen und Fuhrwerke machen sich ganz außerordentlich drückend bemerkbar. Endlose Scharen müder Wanderer ziehen die staubigen Straßen entlang: der eine schleppt einen Sack mit Kartoffeln, der andere einen Sack mit Kohlen. Viele andere tragen Körbe voll Lebensmitteln. Die Männer mühen sich mit Maschinentellen ab, unter deren Last sie fast zusammenbrechen, und müde Kinder traben weinend neben ihren gramgebeugten Müttern einher. Es ist ein Zug des Jammers. So müssen viele ihre Last schweißgebadet drei bis fünf Stunden weit schleppen. Zahlreiche Personen, die am Samstag abend von der Verkehrssperre in Duisburg nichts erfahren hatten und nicht rechtzeitig den Heimweg antreten konnten, kletterten einfach, um sich nicht der Gefahr des Erschossenwerdens auszusetzen, bei fremden Leuten über die Zäune und baten für die Nacht um Obdach, was ihnen auch bereitwilligst gewährt wurde. Auf Stubendielen und Speichern übernachteten manchmal bis zu zehn Mann in einem Hause, um am frühen Morgen ihre mühselige Wanderung fortzusetzen. Die durch die Sperre in Essen veranlaßte Lebensmittelnot trieb den Preis für einen Zentner Kartoffeln auf 70 000 Mark.

Französische Rachegerichte.

Das französische Kriegsgericht in Bonn verurteilte den mehr als 60 Jahre alten, herzleidenden und einarmigen Beigeordneten der Stadt Zülpich, Kommerzienrat Sieger, wegen Nichtbefolgung einer unzulässigen Anordnung zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr. Der Antrag der beiden Söhne, von denen der eine Familienvater ist, die Strafe für den Vater abbüßen zu dürfen, wurde abgelehnt. In derselben Sitzung wurde der 70jährige Beigeordnete der Stadt Euskirchen, Metzgermeister Wallender, wegen des gleichen „Vergehens" im Wiederholungsfalle zu vier Jahren Gefängnis und fünf Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Er verbüßt die Strafe bereits in Bonn.

Ausland.

London, 5. Juli. Ueber die englisch-französischen Auseinandersetzungen meldet ein Reuter-Orakelspruch, daß die Meinungsverschiedenheiten noch nicht behoben seien. — In London reden Gerüchte von dem unmittelbar bevorstehenden Eintritt Mac Kennas ins Kabinett.

London, 5. Juli. Der Präsident der Handelskammer in Manchester sagte in einer Ansprache an die Mitglieder der Handelskammer, der Weg, auf dem sich Frankreich befinde, führe nicht nur zur Zerstörung Deutschlands, sondern auch Frankreichs, Großbritanniens und Europas. Das letzte deutsche Angebot habe eine neue Lage geschaffen. Deutschland erkläre sich bereit, nach seiner Leistungsfähigkeit zu bezahlen und biete alles an, was es habe. Es sei nicht einzusehen, warum Frankreich zögern sollte, ein Abkommen auf dieser Grundlage anzustreben. Frankreich müsse begreifen, daß man nicht zur gleichen Zeit eine Politik der Zerstörung und des Wiederaufbaus befolgen könne.

Erklärung des Vatikans.

Infolge des Papstbriefes und des daraufhin folgenden Telegramms des Kardinalstaatssekretärs an den Nuntius in München hat sich der deutsche Botschafter beim Heiligen Stuhl zum Vatikan begeben und ist vom Papst empfangen worden. Der deutsche Botschafter legte ihm die Haltung seiner Regierung zur Ruhrfrage dar und wies darauf hin, daß sie den blutigen Gewalttaten fernstehe, zu denen die Bevölkerung der besetzten Gebiete in der Verzweiflung über das Gewaltregiment getrieben werden. Der deutsche Vertreter bat den Papst auch um Aufklärung ersucht, ob das Telegramm an den Nuntius das Bedauern des Heiligen Stuhles über den passiven Widerstand ausdrückte, den die Ruhrbevölkerung dem französischen Regime entgegensetze, oder ob es sich nur auf die Verurteilung verbrecherischer Ausschreitungen einzelner beziehe, wie dies seine Regierung nach dem Wortlaut annehme. Diese Auslegung wird nun durch eine Mitteilung aus dem Vatikan bestätigt, wonach es ein Irrtum wäre, die Vorstellungen des päpstlichen Vertreters in Berlin als ein Verlangen zur Aufgabe des passiven Widerstandes zu betrachten. Der Papst habe sich nicht dagegen ausgesprochen, noch die deutsche Regierung zur Aufgabe des Widerstandes auffordern wollen, da er sich über den französisch-deutschen Gegensatz stelle. (Südd. Ztg.)

Patriarch Tichon als Anhänger der Sowjets.

Der russische Patriarch Tichon erließ einen Hirtenbrief, in dem er gegen die Reformation polemisiert und seine Enthebung aus dem Patriarchenamt für nichtig erklärt. Er schreibt ferner wörtlich: „Seit meinen Angriffen gegen die Sowjetmacht veränderte sich manches. Beispielsweise ist es gegenwärtig angebracht, die Sowjetregierung um Schutz für die von Polen verfolgten Orthodoxen zu bitten. Ich erkläre sämtlichen Monarchisten und Weißgardisten, daß ihre Bemühungen vergeblich sind, da ich jede Aktion gegen die Sowjetmacht entschieden verurteile. Die Meldungen über meine Folterung sind glatt erlogen."

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 5. Juli. Es kommen häufig Fälle vor, in denen der Käufer einen Teil des Kaufpreises für eine Ware anzahlt und diese dann erst nach langer Zeit abholt und mit entwertetem Gelde bezahlt. Der Verkäufer ist in solchen Fällen nicht ohne weiteres berechtigt, Schadenersatz für die Geldentwertung zu fordern, da der Käufer ja nicht ohne weiteres im Bezug ist. Es empfiehlt sich daher in Fällen, in denen der Käufer nur eine Anzahlung leistet, eine Frist zu vereinbaren, innerhalb der der Käufer den Rest des Kaufpreises zu zahlen hat, widrigenfalls der Verkäufer berechtigt ist, vom Vertrage zurückzutreten. Ist dagegen unterlassen worden, eine solche Frist zu vereinbaren, so muß der Verkäufer dem Käufer nachträglich eine angemessene Frist setzen, innerhalb deren er die Ware abzunehmen hat mit der Erklärung, daß er den Rest des Kaufpreises nach dem Ablauf der Frist ablehne. Wird dann innerhalb der Frist der Kaufpreis nicht vollständig bezahlt, so kann der Verkäufer von dem Vertrage zurücktreten oder den Schadenersatz verlangen, der ihm durch die Geldentwertung entstanden ist.

Württemberg.

Stuttgart, 5. Juli. (Wieder eine Brotverteuerung.) Am Donnerstag, 5. Juli, kosten 1 Kilo markenfreies Schwarz- oder Roggenbrot 11 000 Mark, 1 Kilogramm Weißbrot 12 000 Mark, 1 Paar Wecken 1200 Mark.

Stuttgart, 5. Juli. (Hungerpreise für Fleisch.) Vom Freitag ab kostet je das Pfund Ochsen- und Rindfleisch 1. 25 000 (plus 3000), Rindfleisch 2. 20 000 (plus 1600), Kuhfleisch 1. 17 000 (plus 2000), 2. 11 000 (plus 1000), Kalbfleisch 22 000 (plus 4000), Schweinefleisch 25 000 (plus 4000), Hammelfleisch 19 000 (plus 1000), Schaffleisch 14 000—15 000 (plus 600) Mark.

Stuttgart, 5. Juli. (Politischer Prozeß.) Gestern stand der frühere verantwortliche Redakteur der „Süddeutschen Arbeiter-Zeitung", Genosse Hammer, schon wieder vor den Schranken der Justiz. Er hatte sich zu verantworten wegen eines Vorstoßes gegen die von dem sozialdemokratischen Exminister Keil mitunterzeichnete Notverordnung der württ. Regierung betr. Bildung von Selbstschutzorganisationen. Das Urteil lautete auf 5 Monate Gefängnis und 1 Million Mark Geldstrafe. — In dem Prozeß der „Roten Hilfe" des Bezirks Württemberg ist ebenfalls das Urteil verkündet worden. Es lautet auf je 1 Million Mark Geldstrafe für die Genossen Janus und Joh. Müller, je 500 000 Mark gegen die Genossen Willmann und Nagel, je 300 000 Mark gegen die Genossen Braun, Rud. Müller und Kleitt und 100 000 Mark gegen den Genossen Ringwald. Der Genosse Tittel wurde freigesprochen.

Stuttgart, 5. Juli. (Revision.) Die Schwäb. Tagwacht teilt mit, daß der in Sachen Bazille zu 5 Millionen Mark Geldstrafe oder 4 Monaten Gefängnis verurteilte Genosse Hauth das Rechtsmittel der Revision erheben wird.

Stuttgart, 5. Juli. (Wieder ein Landfriedensbruchprozeß.) Die Vorkommnisse bei Daimler und in der Maschinenfabrik Eßlingen beim Metallarbeiterstreik im Frühjahr 1922 beschäftigen jetzt die Strafkammer, da wegen der Zusammenrottungen und Gewalttätigkeiten gegen die Arbeitswilligen und gegen die Polizei ein Verfahren wegen Landfriedensbruchs eingeleitet wurde. In den heute begonnenen Prozeß sind 60 Angeklagte verwickelt, 200 Zeugen sind abzuhören. Die Angeklagten leugnen sämtlich. Der Prozeß wird mindestens 1 Woche dauern.

Stuttgart, 5. Juli. (Strafbefehlschnellverfahren.) Die Ludwigsburger Bäckerinnung hatte am 3. Juli in der Ludwigsburger Zeitung bekannt gegeben, daß für ein Brötchen von jetzt ab 600 Mark, für ein großes Weißbrot (400 Gramm) 6000 Mk. und für ein kleines Weißbrot (200 Gramm) 3000 Mark verlangt werden. Im Vergleich mit den Stuttgarter Preisen hätten nur 350 bzw. 3000 und 1500 Mark verlangt werden dürfen. Auf Veranlassung des Wucheramts und der Staatsanwaltschaft Stuttgart wurden sieben Bäckermeister am 4. Juli im Strafbefehlschnellverfahren wegen Teilnahme an Preistreibereien, Preisabsprachen und Aufforderung zum Preiswucher vom Amtsgericht Ludwigsburg mit je 1 Million Mark bestraft. Gegen den Strafbefehl haben die Beschuldigten Einspruch eingelegt. Nachdem die Stuttgarter Bäcker nunmehr ähnliche Preise verlangen, ist auch in Stuttgart ein Verfahren eingeleitet worden.

Stuttgart, 4. Juli. (Zweierlei Maß.) Unter dieser Spitzmarke schreibt das „Landwirtschaftl. Korrespondenzblatt": „Das Bezirksamt München gibt bekannt, daß auch heuer wieder die Veranstaltung von Tanzlustbarkeiten während der Erntezeit verboten ist. Dagegen können Veranstaltungen, bei denen die Nichtbeteiligung der Landbevölkerung von vornherein feststeht, wie Reunions in Fremdenorten, Veranstaltungen städtischer Vereine und dergleichen auf Antrag genehmigt werden. — Die Städter dürfen also tanzen, die Landbevölkerung nicht. Dabei ist noch nicht einmal festgestellt, ob die Bauern tanzen wollen! Es ist heute auch alles angetan zu überschäumender Fröhlichkeit! Die Mark purzelt, die Welt kracht, die Schieber tanzen."

Tübingen. (Schwurgericht.) Unter ungewöhnlich großem Andrange von Zuhörern fand am 3. Juni, von vormittags ½11 Uhr bis abends ½7 Uhr, mit Unterbrechung von ¾ Stunden die Schwurgerichtsverhandlung gegen den 23jährigen, ledigen Dentisten Julius Klauser von Neuenbürg wegen eines Verbrechens des Totschlags statt. Die Verhandlung, zu welcher 17 Zeugen und 2 Sachverständige geladen waren, bot ein trübes, außerordentlich trauriges Bild eines zerrütteten Familienlebens. Der Angeklagte ist beschuldigt, am 29. März d. Js., abends 8 Uhr, in der elterlichen Wohnung seinen 48jährigen Vater, den Dentisten Julius Klauser, nachdem dieser den Sohn mit einem Beilstiel geschlagen und verfolgt hatte, durch drei, in rascher Aufeinanderfolge abgegebene Revolverschüsse vorsätzlich getötet, die Tat aber nicht mit Ueberlegung ausgeführt zu haben. So-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

fort nach der Tat bei seiner Verhaftung als auch während der Voruntersuchung und in der Schwurgerichtsverhandlung war der Angeklagte geständig, seinen Vater erschossen zu haben; er bestritt aber von Anfang an jegliche Tötungsabsicht. Die Schuld an dem Familiendrama trägt, wie der Angeklagte in längerer Rede ausführte, jedenfalls der Getötete. Derselbe wird sowohl von seinen eigenen Kindern als auch von der überwiegenden Mehrheit der Zeugen als ein außergewöhnlich kräftiger, brettschultriger Mann geschildert, welcher aber für seine Familie kein Herz und Gemüt hatte, sondern seine Frau, über welche nichts Nachteiliges gehört wurde, durch sein ehebrecherisches Leben, sein rohes, kaltes, lieblose und gemeines Benehmen, langsam zu Tode martete. Seine jähzornige, rechthaberische und unversöhnliche Natur mußten namentlich die Töchter, Hedwig und Berta, büßen; Hedwig wurde mit der Hundepeitsche geschlagen, mit dem Revolver bedroht und ohne Kleider und Schuhe fortgejagt, so daß ihr Julius die Kleider zum Fenster hinaus warf, damit sie zu Verwandten flüchten konnte. Solche häßlichen Szenen dauerten jahrelang, doch sorgte der Getötete stets dafür, daß die Oeffentlichkeit wenig oder nichts davon erfuhr. Der Angeklagte zog den Haß und Zorn seines Vaters auf sich, weil er das ehebrecherische Treiben seines Vaters mit der Frau B., dessen Zeuge er gewesen war, seiner Mutter mitteilte und weil er diese und seine Schwestern stets beschützte und unterstützte; der Vater forderte ihn deshalb schon vom Jahre 1921 an auf, das Haus zu verlassen, obwohl der Vater ihn notwendig im Geschäft brauchte, weil er als „Schieber" oft auswärts war und auch gerne beim Wein saß. — Anfangs dieses Jahres wurde Frau Kl. schwer krank; sie machte deshalb ein Testament, in welchem sie ihren untreuen Ehemann auf den gesetzlichen Pflichtteil verwies. Dieses erfuhr der Getötete und seine Wut auf die Familie wurde noch größer. Am 10. Februar, als die Frau schon todkrank war, verreiste der herzlose Gatte und kam erst am 17. Februar wieder zurück. Am Abend dieses Tages schickte er seine Kinder, welche bis jetzt Nachtwache bei der Mutter hielten, in das Bett und ließ eine Frau Baumann als Wärterin holen. Diese beauftragte er, 2 Flaschen Champagner herbeizuschaffen und gab seiner Frau auch davon; dann schrieb er ein zweites Testament, in welchem die Eheleute als gegenseitige Erben eingesetzt waren und ließ dieses seine Frau unterschreiben. Drei Tage nachher erlöste der Tod die Frau von ihrem qualvollen körperlichen und seelischen Leiden. — Nun entstanden bald Erbschaftsstreitigkeiten. Als der alte Kl. erfuhr, daß der Julius das zweite Testament anfechten wollte, steigerte sich seine Wut. Er vernachlässigte seinen Beruf und seine Familie, gab seinen Kindern weder Geld noch Nahrungsmittel, verkaufte vor der Inventuraufnahme wertvolle Haushaltungsgegenstände und beseitigte für 1 Million Mark Gold; seinen Sohn Julius forderte er täglich auf, das Haus zu verlassen, ja er ließ ihm durch Rechtsanwalt Stopper eine schriftliche Aufforderung zugehen, das Haus bis 28. März zu räumen. An diesem Tage kam es wieder zu Streitigkeiten zwischen Vater und Sohn; hierbei erklärte der Angeklagte seinem Vater, daß er das Haus verlasse, wenn die Erbschaftsangelegenheiten erledigt seien; die Auseinandersetzungen gingen fort bis 29. März. Als der Vater abends 8 Uhr heim kam, traf er den Sohn in der Küche und sagte zu diesem: Du Lausbub bist immer noch da! Dann griff er nach einem Beilstiel, sprang auf den Sohn los, wollte ihn mit dem Stiel auf den Kopf schlagen, traf ihn aber nur auf die linke Schulter; dann flüchtete der Sohn, der Vater folgte ihm; plötzlich drehte sich der Sohn, zog einen Revolver, den er in der Juppentasche hatte, und feuerte 3 scharfe Schüsse auf den Vater ab. Nach dem Gutachten des Sachverständigen, OR.-Arzt Dr. Böcker, streifte der erste Schuß den Vater an der linken Schläfe, der zweite ging in die linke Seite und der dritte durch die linke Schulter in das Herz; dieser Schuß führte den sofortigen Tod des starken Mannes herbei. — In der Schwurgerichtsverhandlung machte der Angeklagte Notwehr geltend, weil er befürchtet habe, sein Vater würde ihn mit dem Beilstiel totschlagen. Dieses Vorbringen wurde von dem Staatsanwalt widerlegt durch den Hinweis, daß der Angeklagte hätte flüchten oder um Hilfe rufen können. Auf die Frage des Vorsitzenden: Ist es Ihnen niemals leid gewesen, daß Sie Ihren Vater erschossen haben? antwortete der Angeklagte kalt und ohne Reue: ich habe meinen Vater niemals erschießen wollen; ich konnte nicht anders, er wollte mich totschlagen! Der Staatsanwalt begründete eingehend die Anklage auf Totschlag, während die Verteidigung auf Freisprechung plaidierte, denn der Angeklagte habe sich in Notwehr befunden. Sollten die HH. Geschworenen diesem Vorbringen des Angeklagten keinen Glauben schenken können, so bat er sie, die Schuldfrage auf Totschlag zu verneinen, und die Fragen nach vorsätzlicher Körperverletzung mit Todesfolge und Zubilligung mildernder Umstände zu bejahen. Die Geschworenen schlossen sich dem Antrag des Verteidigers an, worauf der Angeklagte zu 2 Jahren Gefängnis, abzüglich 3 Monate Untersuchungshaft und zur Tragung der sehr hohen Kosten des Verfahrens verurteilt wurde; auch wird derselbe gegen Stellung einer Kaution von 500 000 Mark vorläufig aus der Haft entlassen werden.

Ulm, 5. Juli. (Verhungert.) Eine Frau ist dieser Tage hier plötzlich gestorben. Ueber die Todesursache war man sich anfänglich nicht klar. Nun hat eine eingehende Untersuchung ergeben, daß die Frau im höchsten Grad unterernährt war, also verhungert ist.

Bebnau OA. Tettnang, 5. Juli. (Schulhausverkauf.) In der Versteigerung des alten Schul- und Lehrerwohngebäudes hatten sich viele Liebhaber eingefunden, so daß sich das Rathauslokal als zu klein erwies und die Versteigerung im „Löwen" vorgenommen werden mußte. Es wurde bis zu 190 Millionen Mark geboten; um diesen Preis fiel das Haus einem Hemigkofer Bürger zu.

Rüttingen OA. Mergentheim, 5. Juli. (Großer Diebstahl.) Dem Schlosser Renk wurden dieser Tage bei einem Einbruch zwei Fahrräder sowie Mäntel und Schläuche im Gesamtwert von 10 Millionen Mark gestohlen.

Baden.

Karlsruhe, 5. Juli. Ein nachahmenswertes Beispiel in der Unterstützung der Jugendpflegevereinigungen gibt die Stadt. Sie überwies dem städtischen Ausschuß für Leibesübungen zwei Millionen Mark, wovon er die Instandsetzung des Jugendheims, die Ausgaben für den Spielplatzwerbetag, für die Reichsjugendwettkämpfe, für besondere Lehrgänge und für Unterstützung einzelner Vereine decken wird.

Vermischtes.

Die Wandervögel. Dem „Meersburger Gemeindeblatt" entnehmen wir nachstehende Charakteristik: Seit etlichen Jahren ist eine merkwürdige Wanderlust über die sogenannte reifere Jugend gekommen. Wenn die Sonne höher steigt und im südlichen Deutschland Blüten und reife Beeren zu erwarten sind, laufen Knaben und Mädchen, junge Damen und angehende Herren, auch solche, die zuweilen einen weniger schmeichelhaften Namen verdienen, von Haus und Familie weg. Wie jener wanderlustige Müller, der die Ruhelosigkeit vom Wasser gelernt hat, ziehen sie die Landstraße entlang, um zu sehen, ob die Städtchen aus des Vaters Studentenjahren oder Handwerksburschenzeit noch stehen. Weil das Klavier als Haus- und Luxusmöbel allmählich verschwinden muß, will jeder Junge mit musikalischer Erbschaft wenigstens eine Zupfgeige oder Mandoline um den Hals hängen, um die Welt mit Zupfgeigenhansliedern zu ergötzen, weil da von Leben und Liebe, vom Rhein, Wein und Wandern geschrieben steht. Was man früher nur in südlichen Ländern kannte, lustige Singgesellschaften und bunte Musikbanden auf Schiff und Eisenbahn, das hat sich in ähnlicher, glücklicherweise noch harmloser Form herausgebildet. Der uralte Vollmond, mit dem ja alle vier Wochen auch sonst ganz gescheite Leute zu gehen pflegen, wird als Sinnbild der Verschwiegenheit und nächtlicher Abenteurerlust verehrt. Vor alten Stadttoren und großen Linden wird die Mandoline vom Rücken genommen und der See hört am Ufer unendlich süße und endlose musikalische Sachen. Da die Erfahrung des Krieges gezeigt hat, daß die Menschen wochen- und monatelang auf Heu- und Strohsack schlafen können, wurde die Wanderbewegung auch von einer wohlwollenden Regierung durch Einrichtung von Jugendherbergen unterstützt. Nun scheint aber doch die Wandervogelmode in die Bäume zu wachsen, wie es gerade nicht schön und erfreulich genannt werden kann. Dreißigjährige und ältere „wilde Wanderburschen" erscheinen mit Rucksack und dickem Prügel, mit oder ohne Sandalen, offenem Hemd und schmierigem Kittel; die Hosen sind anscheinend gleichzeitig für Badehosen bestimmt und der ganze Mensch läuft möglichst verwildert und dreckig in der Welt herum. Ebenso hübsch sind die Begleiterinnen, die mit verwahrlosten Haaren und dürftigen, fastnachtähnlichen Kleidern es den männlichen Genossen möglichst gleich tun wollen. Zwischen dieser Sorte von Wandervögeln und den arbeitsscheuen Bettelbrüdern, die zur Sommerszeit unter den Bäumen liegen und abends in die Dörfer schleichen, ist kein großer Unterschied mehr, und wenn derartige „Schlawacken" mit den Zigeunern und Schirmflickern aus den fahrbaren Heiratskästen verwechselt werden, scheinen sie es sich gar nicht zur Unehre anzurechnen. Die ganze nette Wandervogelsitte kommt durch diese Landplage wilder Naturburschen und Wanderweiber in Verruf und wenn das so weiter geht, so wird der Zupfgeigenhandel bald ausgetrillert und ausgepfiffen haben.

Deutsches Turnfest in München. Die Einzelheiten des Glanzpunktes des Deutschen Turnfestes, des Festzuges, sind mehr festgelegt. Man nimmt an, daß sich offiziell am Zuge 120 bis 130 000 Turner und Turnerinnen beteiligen werden. Der Zug selbst wird in zwei Abteilungen geteilt, und zwar so, daß die beiden Festzüge aneinander vorbeimarschieren, also so, daß die Turner selbst den Festzug sehen und die einzelnen Turnermannschaften sich gegenseitig begrüßen können. Im ersten Zug werden Saarländer und Rheinländer, Pfälzer und Westfalen und deutsche Turner aus der Tschechoslovakei, im zweiten Zug wird in der Hauptsache der Osten des deutschen Reichs, Ostpreußen, Oberschlesien, Pommern, Brandenburg und Sachsen vertreten sein. Der Ausschuß der Deutschen Turnerschaft wird vom Balkon des Rathauses den Festzug begrüßen. An der Spitze jedes Turnkreises werden Gruppen der alteingesessenen Bürgerlichen Künste mit Fahnen und Standarten hoch zu Roß oder auf Wagen Aufstellung nehmen. Beide Züge werden sich punkt 11 Uhr in Bewegung setzen. Punkt 12 Uhr werden Kanonenschüsse donnern, das ist das Zeichen zu einer kurzen Ehrung der im Weltkriege gefallenen deutschen Turner. Trommeln werden wirbeln, alle Glocken Münchens werden läuten und alle Musikkapellen des Festzuges werden das Lied spielen: „Ich hatt' einen Kameraden". Die Musikbegleitung des Festzuges wird anders als es bisher üblich war, angeordnet werden und zwar so, daß alle 400 Meter werden Musikabteilungen in Gruppen aufgestellt sind, daß also die Musikbegleitung nicht mit dem Zuge geht, sondern der Zug ohne Musik vorbeimarschiert, so daß während der ganzen Dauer des Zuges die Turner Musikbegleitung haben.

Ordnung bis über's Grab hinaus hielt ein Mann, von dem das „Allgäuer Tageblatt" berichtet: In Kempten wurde der Gerichtssekretär Johann Lorenz Schmidt zu Grabe getragen. Aus der Grabrede, die ihm gehalten wurde, erfuhr man, daß der Verstorbene sämtliche schriftliche Arbeiten, die ein Trauerfall notwendig macht, vor seinem Tode mit eigener Hand erledigt hatte. Er hatte seine Todesanzeige niedergeschrieben, in der weiter nichts als das Datum seines Sterbe- und Beerdigungstages einzusetzen war, ferner hatte er die für eine Grabrede notwendigen persönlichen Angaben niedergeschrieben und die Briefe an die Verwandten mit der Mitteilung seines Todes eigenhändig verfaßt.

Der Million-Markschein. Die Reichsbank hat jetzt einen Schein im Nennwert von 1 Million Mark in Auftrag gegeben. Der Ausgabetag ist noch ungewiß, dagegen wird der bereits angekündigte 500 000-Markschein erstmals am Mittwoch, den 11. Juli, in Verkehr gesetzt werden.

Geflügelausstellung in einem Schlosse. Eines der wundervollsten Schlösser Mitteldeutschlands, das Orangerieschloß in der Karlsaue zu Kassel, soll in Zukunft, nachdem die Stadt Kassel zweckentsprechende Vorkehrungen getroffen hat, mit Genehmigung der Regierung als Ausstellungshalle dienen. Nachdem vor wenigen Wochen die große Kunstausstellung Kassel 1922, durch die das Schloß weiteren Krisen bekannt geworden ist, ihre Pforten geschlossen hat, wurde jetzt die zweite Ausstellung darin eröffnet, und zwar eine — Geflügelausstellung.

Vernichtung der deutschen Kriegergräber aus dem Jahre 71. Die Gemeinden des Moseldepartements, wo sich deutsche Soldatengräber aus den Jahren 1870 und 71 befinden, haben den einstimmigen Beschluß gefaßt, diese Gräber nicht mehr restaurieren zu lassen, „weil Deutschland vertragsbrüchig ist und die geschuldeten Reparationen nicht bezahlt."

Die Frau mit den 27 Röcken. Ein ganz besonders guter Fang glückte der sächsischen Zollwache auf dem Tetschener Bahnhof, der bekannten böhmischen Grenzstation. Mit dem Schnellzug aus Berlin traf eine Dame ein, die sich später als die Frau eines Wiener Konfektionärs herausstellte, die nicht weniger als 27 Damenröcke, 23 Damenmantelkleider, 5 Damenmäntel, 6 Seidentrikotkleider, 5 schwarze Seidenkleider, 10 Meter schwarze Seide und verschiedenes Hausgerät zu schmuggeln versuchte. Die Dame hatte alte Damenleibchen in die Kleider hineingenäht, um dadurch den Eindruck hervorzurufen, es handle sich um getragene Kleider. Die 21 Meter Seide hatte sie in zwei alte Kleider eingenäht. Die Zollbeamten entdeckten angesichts der Masse der Kleider schnell, daß es sich um eine gewerbliche Schmugglerin handle, nahmen sie ins Gebet und hatten auch bald ein Geständnis heraus. Die Schmugglerin wurde ins Gefängnis gebracht, die Sachen im Werte von mindestens 2 Millionen Mark für verfallen erklärt. Die deutsche Zollstrafe dürfte nach einer Meldung aus Tetschen etwa eine Milliarde Mark betragen.

Welt- und Wettervoraussagen für die nächste Zukunft. 1922 wurde ein geistiges Werk von größter Bedeutung für die Menschheit geboren, dessen äußere Auswirkungen aber erst 1925—26 dem stumpferen Auge sichtbar werden und das vom Osten nach Westen. Gesundheitlich Anfang 1923 im allgemeinen wenig günstig, 1923—24 eher noch schlechter. 1923 wenig gü-

Magnus Wörland und seine Erben

Roman von Günther von Hohenfels

„Ich habe die Summe in bar mitgebracht, da ich annahm, daß wir bereits heute zum Vertragsschluß kommen würden — —"

„Aber, Herr Kommerzienrat, das war doch nicht nötig."

„Ich bitte, es würde in den Augen meiner Aufsichtsräte geradezu ein Fehlschlag sein, wenn ich das Geld wieder mitbrächte. Ich erbitte mir dagegen schon heute von Ihnen die Bestätigung, daß Sie sich an uns gebunden halten, das heißt, daß Sie sich ebenfalls an uns gebunden halten und das Geschäft, wenn es zustande kommt, und daran zweifle ich nicht, nur mit uns gemeinsam machen. Ich weiß, daß die Konkurrenz —"

Wörland gähnte leicht.

„Selbstverständlich, nicht wahr, meine Herren, das wollen wir den Herren gern bestätigen, und wenn es nichts wird, sende ich Ihnen Geld und Schriftstück am Dienstag zurück."

„Es wird, es muß werden — —"

„Magnus!"

Der Neffe, der inzwischen an seinem Tischchen am Fenster gesessen und träumerisch auf die Weser hinausgeblickt hatte, stand auf.

„Nimm das Geld, schließ es fort und stelle Herrn Kommerzienrat Ziemssen die Quittung aus: Hunderttausend Mark von der Lustreederei A.-G. zu treuen Händen empfangen." Magnus nahm das Geld, zählte nach und ging, die Quittung zu schreiben. Indessen setzte der Reeder dem Kommerzienrat das Schriftstück auf.

„So, meine Herren!"

„Dann also, auf Wiedersehen am Montag, Herr Allister, und Ihnen, Herr Kommerzienrat, glückliche Reise."

Die Herren verabschiedeten sich.

„Magnus, du geleitest die Herren, nicht wahr. Sie verzeihen, wir wollen gleich noch eine kurze Sitzung — —"

„Aber ich bitte — —"

Wie Magnus Wörland, der ältere, mit seinen Bremer Freunden allein war, schloß er die Tür.

„Nun?"

Senator Brinkmann sah ihn an.

„Schwindel!"

„Sie meinen?"

„Ich bin überzeugt."

Weller nickte.

„Ganz meine Meinung, so entriert man kein Millionengeschäft. Ich denke, wir benachrichtigen rechtzeitig die Kriminalpolizei."

Wörland schüttelte den Kopf.

„Wäre zu früh. Bis Montag abend ist uns der Herr ja sicher und, man kann sich auch irren und ihm Unrecht tun. Ich denke, wir kabeln sofort nach Neuyork. Mein dortiger Spediteur Wells, Farge u. Co. gibt mir sofort Nachricht, bis Montag abend haben wir sie in der Hand."

„Wäre es nicht besser gewesen, dem Kommerzienrat eine Andeutung von unserem Zweifel zu machen?"

„Warum? Das Geld liegt wohl verwahrt in meinem Geldschrank. Heute hätte er uns nicht geglaubt, denn der gute Mann ist ja vollkommen geblendet. Geben wir ihm Montag Beweise, dann ist er uns dankbar. Wer weiß, man kann die Gesellschaft, die ja entschieden rührig und leistungsfähig ist, noch einmal gebrauchen. Heute wäre er einfach zu andern Leuten gerannt, die vielleicht weniger vorsichtig waren oder hätte das Geld Herrn Mac Allister zu voraussichtlich untreuen Händen gegeben."

„Sie haben recht, also das Kabeltelegramm?"

„Ich werde es persönlich besorgen, geht über Holland, schnellster Weg. Wenn nicht früher, sehen wir uns Montag um halb sechs, damit wir vor Allisters Ankunft einen Entschluß fassen."

Der lebhafte Weller nickte.

„Ich werde auf alle Fälle den Kriminalkommissar Hellermann, den ich kenne, fragen, wo er am Montag um sechs Uhr zu erreichen ist."

Die Herren gingen und Wörland schritt in sein Privatkontor hinüber, um ein dringendes Telephongespräch mit dem Bankier ten Vahlen in Amsterdam bestellen zu lassen.

Im Büro war angespannteste Arbeit. Hauptkassierer Görner war wieder einmal durch einen Gichtanfall an den Bett gefesselt, und Magnus, der Neffe, führte die Kasse. Er hatte jetzt die versäumte Zeit nachzuholen und alle Hände voll mit der bevorstehenden Lohnzahlung zu tun. Im Privatkontor saß Magna am Hauptbuch.

Sie hatte ein einfaches Tuchkleid an und eine [illegible] Frisur, die ihr Gesicht mit den etwas großen, aber schönen Zügen und den frischen Farben noch energischer erscheinen ließ. Jetzt waren die Wangen von der Arbeit gerötet.

„Nun, Kind, fleißig?"

Sie lächelte ihren Vater an.

„Ja, Papa. Du mußt mir noch einiges erklären. Ich habe da die alten Konten verglichen, weißt du, Sumatrelinie in Liquidation, ich glaube, wir müssen wieder mal eine Mahnbriefe —"

Der Vater lächelte. Wenn sie so sprach, sachlich, ruhig, besonnen, wirklich, in ein paar Jahren konnte sie die Firma leiten. Aber das war gar nicht seine Absicht. Sie tat ihm leid. Schließlich, es fand sich wohl auch ein Schwiegersohn und wenn sie dann nur dem Namen nach Inhaberin war, sein Kind sollte nicht das ganze Jahr auf dem Kontorstuhl verbringen!

„Ich denke, du läßt das bis Montag, ich habe heute ja sowieso andere Dinge, geh zur Mutter und mach Feierabend."

„Um 12 Uhr mittags."

Sie lachte.

„Um zwei schließen wir heute sowieso."

„Also halte ich noch die zwei Stunden aus, kein schlechtes Beispiel geben."

„Du Kind, fast hätte ich vergessen, es wird sogar nötig sein, daß du hinübergehst. Wir bekommen morgen Besuch."

„Besuch?"

„Bürgermeister Grotschuß aus Hamburg mit seinem Sohn."

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

fige Ernten im großen Ganzen (1924 eher besser). 1923 ringt der Rechts- mit dem Linksradikalismus, besonders Frühjahr und Herbst (auch 1924), um die Herrschaft. Abwechselnde Erfolge auf beiden Seiten. Auf kurze Zeit entsteht innerhalb Deutschlands eine Monarchie, die aber kaum von Neumond bis zum übernächsten Neumond dauert. Bedeutungsvoller Erfindungen im Frühjahr, schwere Wetterkatastrophen im Sommer. Kritisch für Rußland und Portugal Anfang 1923, kritisch für Oesterreich, Italien und Deutschland Ende 1923 und Anfang 1924 (zum Teil auch Ende 1922) Okkupationen. Sommer 1923 bedeutungsvolle Ereignisse im Osten, Orientkrisen, England droht der Verlust Indiens, der aber erst 1926 eintritt. Ein zweiter Weltkrieg, der im Osten seinen Anfang nimmt, bereitet sich vor und beginnt Ende 1923 oder Anfang 1924. Dieser Krieg, der alle Mächte allmählich umgruppiert, geht in eine Art Weltrevolution anfangs nationalen und sozialen, später mehr religiösen Charakters über und endet erst 1926. Sein Ausgang ist anscheinend ein Sieg des Ostens gegen den Westen, in Wirklichkeit ein Sieg des Spiritualismus über den Materialismus, und bedeutet eine zweite Phase im Kampfe des ersten gegen den letztern, der noch eine dritte, weniger blutige folgt. In Wahrheit, in geistiger Hinsicht, hat der Spiritualismus schon jetzt gesiegt, was sich aber äußerlich erst 1926 zeigt. 1924 ist ein blutiges und für Deutschland (speziell München) kritisches Jahr. Dazu drohen Epidemien. Auch 1925 und 1926 sind noch sehr sturmbewegte und schwere Jahre; ab 1927 ist eher eine bessere Zeit zu erwarten. Kometenerscheinungen, große Erdbeben 1923 und Sommer 1924. Starkes Ausbreiten der Astrologie und des Okkultismus. Der Geist des Uranus im Erstarken, auch der des Neptun. Soweit die Weltprognose; nun noch einige Worte über das Wetter 1924: Januar mehr feucht als kalt. Februar gelinde bis auf kalte Tage zu Anfang des Monats. März feucht, Schnee und Kälterückfälle anfangs (auch nach Osten). Mitte März regnerisch, Ende veränderlich. April unbeständig und stürmisch. Mai ziemlich schön, Ende Gewitter. Juni auch ziemlich schön und warm, doch Regen, um den 15. Juli mehr feucht, zahlreiche Gewitter und Hagelschäden. August anfangs heiß, zweite Hälfte unbeständig, regnerisch und stürmisch. September viel Regen, auch Ueberschwemmungen, kühl, ab Anfang Herbst eder besser. Oktober ziemlich schön. November mild, aber feucht und neblig. Dezember anfangs ziemlich kalt, Zöhn um den 15., Ende Schnee und kalt. Viele Gegensätze im Wetter 1923—24.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 5. Juli. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 70 Ochsen, 34 Bullen, 147 Jungbullen, 140 Jungrinder, 188 Kühe, 321 Kälber, 406 Schweine, 12 Schafe. Alles wurde verkauft. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 13 700—14 500 (letzter Markt: 11 200—12 200), 2. 11 500—13 500 (9000 bis 10 500), Bullen 1. 13 000—14 000 (10 000—10 500), 2. 10 500—12 500 (9000—9800), Jungrinder 1. 14 000 bis 15 000 (11 300—12 300), 2. 12 000—13000 (10000—11000), 3. 10 000—11 500 (8500—9500), Kühe 1. 11 000—11 200 (9000—10 000), 2. 8500—10 000 (7800—8800), 3. 7000 bis 8000, Kälber 1. 14 500—15 000 (11 500—12 200), 2. 13 000—14 000 (10 000—11 000), Schweine 1. 18 000 bis 19 000 (15 000—15 500), 2. 16500—17 500 (14000—14800), Mark. Verlauf des Marktes: sehr lebhaft.

Neueste Nachrichten.

Gerau, 5. Juli. Hier ist gestern ein Auto von den Franzosen festgehalten worden, das eine Milliarde Mark in Säcken mit sich führte. Von den Franzosen wird eine Bescheinigung darüber verlangt, wozu die Gelder dienen sollen.

Mainz, 5. Juli. Gestern sind wieder einige Ausweisungen durch die Besatzungsbehörden erfolgt, darunter der Chefredakteur der „Mainzer Tageszeitung", Burger. — Das französische Kriegsgericht verurteilte neuerdings 33 Personen aus den Kreisen Bingen, Kreuznach und Oppenheim wegen Uebertretung des Nachtverkehrsverbots zu Geldstrafen von 50 000 bis 200 000 Mark, außerdem 10 der Angeklagten aus Bingen zu je 4 Tagen Gefängnis wegen vorsätzlicher Uebertretung des Verbots.

Essen, 5. Juli. Die hiesige Reichsbankstelle ist heute abermals von den Franzosen besetzt worden. Die Großbanken haben geschlossen. Die Aktion soll wegen Nichtbefolgung der Verordnung Degouttes zur Devisenordnung der Reichsregierung erfolgt sein.

Hamm, 5. Juli. Der Personenverkehr mit dem besetzten und dem Einbruchsgebiet ist vollständig unterbrochen. Die Züge in der Richtung Köln laufen bis Köln durch, verkehren aber zwischen Elberfeld und Vohwinkel leer. Die französische Kontrolle in Hagen-Hengstei verweigert allen im besetzten und Einbruchsgebiet wohnenden Reisenden die Weiterfahrt und läßt dagegen zurzeit die im unbesetzten Gebiet wohnenden Reisenden, die ausweislich ihrer Fahrkarten nach Staionen des unbesetzten Gebiets reisen, noch durch.

Berlin, 6. Juli. Der Reichskanzler setzte gestern die Besprechung mit dem päpstlichen Nuntius fort. Dr. Cuno wird, der Vossischen Zeitung zufolge, den Nuntius heute Vormittag wieder empfangen. Als Ergebnis der Besprechungen wird, laut „Vorwärts", für heute eine Regierungserklärung gegen die Sabotageakte im besetzten Gebiet erwartet.

Berlin, 6. Juli. Nachdem die Urabstimmung unter den Berliner Metallarbeitern eine große Mehrheit für den Streik ergeben hat, beschloß die Streikleitung, daß der Streik heute beginnen soll, jedoch nicht sofort in allen Betrieben, sondern vorläufig nur in einigen Fabriken, deren Belegschaften von der Streikleitung zur Arbeitsniederlegung aufgefordert werden.

Berlin, 6. Juli. Von den Arbeitnehmerspitzengewerkschaften aller Richtungen geht uns eine Mitteilung zu, in der es heißt, daß die mit Vertretern der Arbeitgeber unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers geführten Verhandlungen über die Anwendung des Lebenshaltungsindex auf vereinbarte Löhne und Gehälter ergebnislos verlaufen sind, weil die Arbeitgeberverbände erklärten, daß sie diese Frage noch nicht als genügend geklärt ansehen. Die Spitzengewerkschaften konnten dem von Arbeitgeberseite gestellten Vertagungsantrag nicht zustimmen. Unabhängig von weiteren Verhandlungen halten sie es für unbedingt erforderlich, daß den Wünschen der Staatsarbeiter- und Beamtengewerkschaften auf Uebernahme des Anpassungssystems sofort nachgekommen wird. Das Kabinett wurde von dieser Stellungnahme unterrichtet.

Berlin, 5. Juli. Heute finden im Reichsfinanzministerium wieder Verhandlungen über die Festsetzung der Bergarbeiterlöhne statt. Obwohl ein endgültiges Resultat noch nicht vorliegt, läßt sich, wie die Telegraphen-Union erfährt, bis jetzt die Lage soweit überblicken, daß mit einer Erhöhung des Gesamtdurchschnittslohnes um 40000 Mark pro Schicht ohne Unterschied des Reviers ab 7. Juli zu rechnen ist. Diese Festsetzung dürfte zunächst für die Dauer einer Woche Gültigkeit haben. Die Verhandlungen dauern an.

Berlin, 5. Juli. Im Reichsarbeitsministerium hat gestern eine Kommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Einführung wertbeständiger Löhne verhandelt. Da eine endgültige Regelung nicht erzielt werden konnte, wird sich nunmehr das Reichskabinett unmittelbar mit der Frage befassen. — Der Rechtsausschuß des Reichstags genehmigte eine Verordnung, welche die Einkommensgrenze für die Lohn- und Gehaltspfändung auf 6 Millionen festsetzt. — Zu den zurzeit schwebenden Getreideverhandlungen zwischen Deutschland und Rußland verbreitet eine Korrespondenz nähere Einzelheiten mit dem Hinzufügen: Die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen. Das ist das einzige, was an dieser Meldung zutrifft. Die Verhandlungen befinden sich zur Zeit in Schwebe und es steht daher noch nicht fest, was wir von Rußland im Austausch mit deutscher Industrieware werden erhalten können. — Der deutsche Botschafter in Washington, Dr. Wiedfeld, wird in den nächsten Tagen von dort nach Berlin abreisen, um hier seinen Urlaub anzutreten. Die Firma Krupp bemüht sich nach wie vor um die Freigabe Wiedfelds von seinem Botschafterposten, um seinen Wiedereintritt in das Direktorium des Kruppwerks zu erreichen. — Einem in einem hiesigen großen Hotel abgestiegenen Amerikaner sind aus seinem Zimmer von einem anderen Gast, der sich als Eduard Stanger ins Fremdenbuch eingetragen hatte, Schmucksachen und andere Kostbarkeiten im Wert von 500 Millionen Mark gestohlen worden. — In der Zeit vom 11. Juli bis einschl. 17. Juli beträgt das Goldzollaufgeld 3 181 900 vom Hundert. — Der Dollarkurs betrug am Donnerstag in Frankfurt und Berlin 165 585.— G., 166 415.— B.

Warschau, 5. Juli. Der Präsident der Republik hat an den Marschall Pilsudski ein Schreiben gerichtet, in dem er dessen Bitte um Enthebung von dem Posten des Vorsitzenden des engeren Kriegsrats und des Stellvertreters des Vorsitzenden des großen Kriegsrats annimmt. — Der Sejm hat in der gestrigen Sitzung die Ratifizierung der Vorlage über seinen deutsch-polnischen Handelsvertrag bezüglich der gemeinsamen Verwaltung der Deiche in der Marienwerder Niederung angenommen.

Budapest, 6. Juli. Die Budapester Polizei verhaftete 11 Personen wegen kommunistischer Umtriebe. Die Verhafteten hatten aus Moskau und Wien zu Organisationszwecken größere Beträge in Dollar, sowie von Bela Kun unterzeichnete Propagandaschriften erhalten, die zur Wiederergreifung der Macht durch das Proletariat anfeuerten.

Genf, 5. Juli. Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig hat den hier weilenden Völkerbundskommissar für Danzig um Hilfe gegen Maßnahmen der polnischen Regierung gebeten, die entgegen dem bestehenden Vertrag plötzlich den freien Verkehr von Danzig nach Polen und umgekehrt verhindere und dadurch das wirtschaftliche Leben Danzigs, insbesondere die Lebensmittelversorgung durch Danziger Händler, bedrohe.

Paris, 5. Juli. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus New-York ist der bekannte Bankier Otto H. Kahl zu einer neuen Studienreise nach Europa abgereist.

Paris 5. Juli. Der Abgeordnete Aragot, der jüngst gewissen Angriffen ausgesetzt gewesen ist, die sich auf Steuerfragen bezogen, hat gestern den Vorsitz in der republikanisch-nationalen Oction nach der „Laterne", dem Organ der Parteien des nationalen Blocks wegen Meinungsverschiedenheiten mit den übrigen Vorstandsmitgliedern niedergelegt. Einige radikale Blätter behaupten auch, daß Aragot den Vorsitz der parlamentarischen Gruppe des nationalen Blocks niederlegen werde. Als sein Nachfolger soll General de Castelnau in Frage kommen.

London, 6. Juli. Kriegsminister Lord Derby teilte in einer Rede anläßlich eines militärischen Preisschießens mit, daß nicht beabsichtigt sei, die britischen Streitkräfte noch weiter zu vermindern, denn die gegenwärtige Truppenstärke stelle ungefähr das Mindestmaß dessen dar, was die nationale Sicherheit zulasse.

London, 5. Juli. Die Bank von England hat den Diskontsatz von drei auf vier Prozent erhöht.

London, 6. Juni. Die Zahl der streikenden Dockarbeiter hat sich auf 40 000 erhöht. — Bei einem Eisenbahnzusammenstoß in Huddersfield sind 6 Personen getötet und 7 verwundet worden.

Kairo, 6. Juli. Anläßlich der Aufhebung des Belagerungszustandes sind dreihundert politische Gefangene begnadigt worden.

Absperrung der Ruhrarbeiter von ihren Arbeitsstellen.

Münster, 5. Juli. Seitens der englischen Besatzung wird auf die französischen Kontrollstellen dahin gewirkt, daß Personen mit dem englischen Visum die Reise aus dem englisch besetzten ins französisch besetzte Gebiet gestattet wird. Zahlreiche Personen haben heute bereits mit dem englischen Visum die Sperrlinie passieren können. Der Güter- und Lebensmittelverkehr ist auf den Kontrollstellen und im Sperrgebiet noch regelmäßig. Von gestern aber wurde auch den Bergarbeitern die Ein- und Ausreise über die Grenze zur Erreichung ihrer Arbeitsstellen verboten. — Diese Tatsache ist eine treffende Illustration zu der französischen Behauptung, daß sie den Ruhrkrieg gegen die „widerspenstigen Schwerindustriellen" führten!

Die Revision gegen das siebenfache Todesurteil verworfen.

Düsseldorf, 5. Juli. Die gegen das vom Mainzer Kriegsgericht am 29. Juni wegen angeblicher Sabotageakte gegen sieben deutsche Angeklagte namens Sasse, Maurer, Gruber, Hahne, Schneider, Freye und Frey ausgesprochene Todesurteil von deutscher Seite eingelegte Revision, sowie die Berufung gegen die zwei weiteren Urteile, wovon das eine auf lebenslängliches Zuchthaus, das andere auf fünf Jahre Gefängnis lautet, ist heute vom Revisionsgericht der französischen Rheinarmee in Düsseldorf nach kurzer Verhandlung unter dem Vorsitz des General Vare verworfen worden.

Im Zusammenhang mit diesem neuen Schandmal der französischen Militärjustiz sei auf einen Aufsatz von Dr. Simons, dem früheren Außenminister und jetzigen Präsidenten des Reichsgerichts, verwiesen, der in der „Voss. Ztg." ausführt, daß für das Wüten der französischen und belgischen Militärgerichte an der Ruhr jede Rechtsgrundlage fehle. „Nur ein rechtsmäßiger Kriegszustand würde eine Militärgerichtsbarkeit über die Bevölkerung des neubesetzten Gebietes in einem gewissen Umfang rechtfertigen. Es handelt sich eben bei dieser ganzen Feinjustiz nicht um Recht, sondern um Gewalt. Es ist die „Notwehr" des bewaffneten Einbrechers gegen den Eigentümer, die in allen Strafgesetzbüchern der Welt als ein erschwerender Umstand des Einbruchs behandelt wird." Anders ist die Rechtslage im altbesetzten Gebiet. Dort haben wir durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages, wie Simons es ausdrückt, in einem „völkerrechtlichen Widersinn" in das Fortbestehen einer französischen Militärgerichtsbarkeit gegen deutsche Zivilpersonen gewilligt. Aber die Strafen dürften nur nach diesem Strafrecht verhängt werden, nicht, wie das auch neuerdings wieder in Mainz geschehen ist, nach Kriegsrecht. Simons schließt seine beachtlichen Darlegungen: „So vergossenes Blut ist ein ganz besonderer Saft. Es wird nicht dazu dienen, die wankenden Mauern Europas zu kitten. Dennoch muß jeder, der es mit unserem deutschen Volk wohl meint, ihm immer wieder zurufen: Haltet fest am gerechten Widerstand gegen ungerechte Gewalt, aber erwidert sie nicht durch eigene ungerechte Gewalttat! Nach beiden Richtungen gilt das starke Wort der Schrift: Laßt Euch nicht vom Bösen überwinden!"

Die täglichen Gewalttaten.

Essen, 6. Juli. Die französischen Truppen, welche am 1. Juli auf den Kruppschen Lagerplatz in Segeroth eingetroffen sind, halten die Kohlenhalden noch besetzt und treffen Vorbereitungen, die Bestände abzuräumen. Es handelt sich um zirka 60 000 bis 70 000 Tonnen Kohlen und Koks. Durch die Maßnahmen wird der gesamte Betrieb der Gußstahlfabrik sehr beeinträchtigt. In den benachbarten Betrieben ist die Arbeit seit Montag eingestellt. Der Güterverkehr auf dem hiesigen Bahnhof ist infolge der unsachlichen Behandlung der technischen Einrichtungen fast vollständig gestört. — Die Zeche „Rosenblumendelle" in Heißen wurde gestern besetzt. Die Kohlenhalden wurden durch Drahtverhaue von den übrigen Betrieben abgesperrt. Die Belegschaft trat in einen 24stündigen Proteststreik. — In der Nacht zum 4. Juli schossen ungefähr acht bis zehn französische Alpenjäger von einem niedrigen Waldstrauch aus in der Richtung nach der Walpurgisstraße. Die Straße ist abgesperrt. Es konnte aber beobachtet werden, daß ein Deutscher getötet und ein anderer schwer verletzt wurde. Sie wurden in Richtung Recklinghausen abtransportiert. — Durch Patrouillen, welche die Beachtung der Sanktionen in Duisburg überwachen, wurden gestern ein Deutscher getötet und drei verwundet, die auf einen Anruf nicht stehen blieben. — Am 3. Juli wurden in Bochum 20, in Gelsenkirchen 40 Angehörige von Eisenbahnern ausgewiesen. In Dortmund erhielten 5 Familien von Eisenbahnern Ausweisungsbefehle.

Fünfzigprozentige Lohnerhöhung im Kohlenbergbau.

Berlin, 6. Juli. Zur Regelung der Löhne für den Kohlenbergbau war im Reichsarbeitsministerium auf Wunsch der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände ein Schlichtungsausschuß zusammengetreten, der, wie im Gegensatz zu anderslautenden Angaben einzelner Blätter mitgeteilt wird, ab 9. Juli eine Lohnerhöhung von 50 Prozent festsetzte. Die Lohnerhöhung beträgt darnach im Durchschnitt einschließlich der Erhöhung des Hausstands- und Kindergeldes für den oberschlesischen Steinkohlenbergbau 30 800 Mark, für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau (Kernreviere) 27 900 Mark je Schicht. Die Verhandlungen für den Bergbau des besetzten und des Einbruchsgebietes werden in den Revieren selbst geführt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Juli. Der Reichstag nimmt heute zunächst in allen drei Lesungen den Gesetzentwurf betr. Wiedereinstellung und Kündigung im besetzten Gebiet und eine 10. Ergänzung des Besoldungsgesetzes debattelos an, worauf Abgeordneter Unterleitner (Soz.) den Antrag seiner Partei auf Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes begründet. Bayern sei für die inneren und äußeren Feinde des Reiches ein Tummelplatz geworden. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Bayern würden die Notverordnung des Reichspräsidenten und die republikanischen Schutzgesetze genügen. Die bayerische Verordnung werde nur einseitig gegen links angewendet und unter nichtigen Vorwänden dazu benützt, fast die ganze sozialistische Presse in Bayern zu verbieten. Redner kritisiert auch das Verhalten der grünen Polzei, die größtenteils aus Nationalsozialisten bestehe und die zur Unterdrückung der Linken benutzt werde, welchen Vorwurf er durch Anführung von Beispielen zu beweisen sucht. Abgeordneter Remmele (Komm.) schließt sich den Angriffen des Vorredners an und sagt unter stürmischen Zwischenrufen von rechts, die faszistische Zersetzung in Bayern sei schlimmer als die schwarze Schmach im Westen. Auf Antrag des Abgeordneten von Schoch (DVp.) wird der sozialdemokratische Antrag dem Rechtsausschuß überwiesen, worauf sich das Haus auf morgen nachmittag 2 Uhr vertagt. Zweite Lesung der Verbrauchssteuern und kleine Vorlagen.

Berlin, 6. Juli. Im Aeltestenrat des Reichstags, der gestern nachmittag wiederum zusammentrat, um endgültig Dispositionen für den Schluß dieses Tagungsabschnitts zu treffen, konnte eine Einigung darüber nicht erzielt werden, ob noch eine große politische Aussprache stattfinden soll. Die sozialdemokratische und die kommunistische Partei verlangten eine solche Aussprache, die übrigen Parteien hielten aber den gegenwärtigen Zeitpunkt für nicht geeignet. Die Frage wird heute am Schluß der Reichstagssitzung durch eine Abstimmung im Plenum entschieden werden.

Wirtschaftsfragen vor dem Auswärtigen Ausschuß.

Berlin, 5. Juli. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags behandelte heute die Frage des Wirtschaftsverkehrs mit Frankreich und Belgien. Der Reichskanzler, wie die Außenminister konnten wegen einer gleichzeitig stattfindenden Kabinettssitzung der Ausschuß-Sitzung nicht beiwohnen, dagegen war Reichswirtschaftsminister Dr. Becker anwesend. Zur Sache sprachen die Abgeordneten Gothein (Demokrat), Braun-Franken (Sozialdemokrat), Dr. Stresemann (Deutsche Volkspartei), Klockner (Zentrum). Die Regierung nahm von den Ausführungen Kenntnis, welche die Vertreter der verschiedenen Parteien mach-

Versäumte Juli-Abonnements

können bei allen Postanstalten, Postboten und Agenturen, in der Stadt beim Verlag und den Austrägerinnen nachgeholt werden.

Erschienene Nummern werden nachgeliefert.

Jede Postanstalt, jeder Briefträger und Postbote sind zur Annahme von Monatsbestellungen verpflichtet.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

ten und gab ihrerseits die von ihr aufgestellten Richtlinien über die wirtschaftlichen Fragen bekannt. Eine besondere Entscheidung wurde vom Ausschuß nicht getroffen. Es folgte darauf die Beratung des Deutsch-Spanischen Handelsabkommens. Die Beratungen im Auswärtigen Ausschuß wurden nach ausführlicher Diskussion, an der sich die Abgeordneten Dr. Gothein (Dem.) und Dauch (DVP.) beteiligten, wegen der vorgeschrittenen Zeit und weil sich noch zahlreiche Redner gemeldet hatten, auf Samstag vormittag vertagt.

Sozialdemokratischer Antrag über die Wertbeständigkeit der Löhne.

Berlin, 6. Juli. Nachdem die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gescheitert sind, hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag zur Frage der Wertbeständigkeit der Löhne einen Antrag eingebracht, in dem es heißt: Der Reichstag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, sofort auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 24. Februar dieses Jahres eine Verordnung zur Erhaltung der Wertbeständigkeit der Gehälter und Löhne aller Arbeiter, Angestellten und Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden zu erlassen. Es ist zu bestimmen, daß die jeweils vereinbarte Entlohnung in ein bestimmtes Verhältnis zur amtlich festgestellten Kaufkraft der deutschen Reichsmark (Lohnmeßziffer) gebracht wird. Nach dem gleichen Index sind die Sozialrenten und Unterstützungen wertbeständig zu sichern. Die zuständigen Stellen sind anzuweisen, Tarifverträge, die Klauseln zur Erreichung der Wertbeständigkeit des Arbeitseinkommens enthalten, für rechtsverbindlich zu erklären. Aufträge des Reichs sind nur solchen Firmen zu erteilen, die für ihre Arbeitnehmer die Wertbeständigkeit der Entlohnung eingeführt haben.

Französische Tendenzmeldung über ein Abkommen mit Krupp.

Paris, 5. Juli. Der „Matin" berichtet aus Düsseldorf, daß zwischen dem Generaldirektor der Krupp'schen Werke, v. Bülow, und den französischen Besatzungsbehörden ein bedeutsames Abkommen getroffen worden sei. v. Bülow habe sich verpflichtet, die Abfuhr von 70 000 Tonnen Kohlen, die auf den Kruppschen Lägern bei Dortmund lagern, zu fördern, wogegen die französischen Besatzungsbehörden das Versprechen gegeben hätten, den Abtransport einer gewissen Menge Metallwaren für die Ausfuhr zu erleichtern. Dieses Abkommen werde von der alldeutschen Presse heftig angegriffen. Eine Bestätigung dieser Meldung von deutscher Seite liegt nicht vor und es liegt die Vermutung nahe, daß es sich hier um eine französische Stimmungsmache handelt. Schriftl.)

Linksparteiliche Anfragen in der französischen Kammer.

Paris, 5. Juli. Die sozialistische Kammerfraktion hat ihren Vorsitzenden Blum beauftragt, darüber zu interpellieren, welche Lehren die Regierung aus dem Schreiben des Papstes an den Kardinalstaatssekretär Gasparri zu ziehen gedenke.

Paris, 5. Juli. In der heutigen Nachmittagssitzung der Kammer warf der kommunistische Abgeordnete Marcel Cachin erneut die Frage auf, ob es zutreffe, daß die französische Regierung die separatistischen Agenten im Rheinland und die faszistischen oder royalistischen Agenten in Bayern subvenioniert habe. Der die Regierung vertretende Minister für die befreiten Gebiete, Raibel, dementierte diese Behauptung auf das entschiedenste. Die französische Regierung betreibe in Deutschland eine sehr klare, unzweideutige und offene Politik, die die Mehrheit der Kammer gebilligt habe, und die Regierung bedaure, daß Cachin und seine Freunde sich ihr nicht anschlössen. — Darauf, antwortete Cachin, können Sie lange warten!

Kein französisches Memorandum an England.

Paris, 5. Juli. Der „Intransigeant" veröffentlicht folgende Mitteilung: „Die englische Morgenpresse behauptet, daß Ministerpräsident Poincaré entsprechend den am Montag vom Foreign Office geäußerten Wunsch als Antwort auf den englischen Fragebogen ein schriftliches Memorandum vorbereite. Von autorisierter Seite in Paris wird diese Nachricht als unzutreffend bezeichnet. Der Quai d'Orsay wird nicht mit einem umfassenden Memorandum antworten. Um die Verhandlungen zu fördern, wird es schriftliche Erklärungen über Details liefern. Der Ministerrat hat heute vormittag beschlossen, dem General Degoutte das Großkreuz der Ehrenlegion zu verleihen.

Englisch-italienisches Einvernehmen in der Reparationsfrage.

London, 5. Juli. Die konservative „Times" berichtet, der italienische Botschafter habe gestern eine lange Unterredung mit Lord Curzon gehabt. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß die britische und die italienische Regierung die Reparationsfrage in vollster Harmonie prüfen werden. Dem Berichte des diplomatischen Korrespondenten der konservativen „Pall Mall Gazette" zufolge, ist in den englischen amtlichen Kreisen jede Hoffnung auf eine schnelle Verständigung geschwunden. Das Gerücht, daß das englische Kabinett heute Beschlüsse von entscheidender Bedeutung gefaßt habe, entbehre offenbar einer amtlichen Unterlage. Die übrigen Blätter betrachten die Lage als hochernst. Der Ton der Blätter ist im allgemeinen ruhiger als in den ersten Tagen der Woche, aber nicht weniger bestimmt. Der liberale „Star" erklärt, die Stellung Englands sei durch die Erklärung Mussolinis und die des Vatikans nach außenhin gestärkt worden. Im Innern stelle sich die öffentliche Meinung in steigendem Maße hinter die Regierung.

Scharfe Sprache gegen Frankreich im englischen Parlament.

London, 5. Juli. Die Finanzvorlage wurde gestern abend vom Unterhaus in dritter Lesung angenommen. Baldwin erklärte, nichts habe so viel zum guten Einvernehmen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien beigetragen wie die englische Haltung in der Angelegenheit der Schulden an Amerika. Diese Haltung habe den Weg zu einem besseren Verständnis zwischen den beiden Ländern für die Zukunft bereitet und somit Amerika geneigter gemacht, mit Großbritannien bei dem Wiederaufbau der Welt Hand in Hand zu arbeiten. Was die Frage der alliierten Schulden betreffe, so müsse festgestellt werden, daß das britische Angebot vom Januar angenommen worden sei und daß England jetzt freie Hand habe, so zu handeln, wie es ihm am besten scheine. Der Abgeordnete Percy Harris erklärte, solange Frankreich in der Lage sei, große Summen für Rüstungen auszugeben, solle es nicht entsprechende Steuern erheben, oder einen ernsten Versuch unternehmen, sein Budget ins Gleichgewicht zu bringen und seine Schulden zu bezahlen. Durch seine unüberlegte Politik verursache Frankreich Verwirrung im Handel, Arbeitslosigkeit, Unruhen und wirtschaftliche Depressionen in ganz Europa. Es sei zu hoffen, daß der Premierminister bei den gegenwärtigen Verhandlungen eine energische Haltung einnehmen werde. Wenn er dies tue, habe er die gesamte Nation hinter sich.

Eine Erklärung über Ruhr- und Reparationsfragen zur Zeit nicht wünschenswert.

London, 6. Juli. Im Unterhaus sagte gestern der Premierminister auf eine Anfrage, es sei nicht wünschenswert, im gegenwärtigen Augenblick irgendeine Erklärung über die Ruhrfrage oder das Reparationsproblem abzugeben. Die mündlichen Erörterungen nähmen ihren Fortgang. — Ramsey Macdonald fragte: Läßt der Premierminister nicht die Frage außer acht, daß bei der gegenwärtigen Lage die Zeit ein sehr wichtiges Element ist? — Baldwin erwiderte: Ich kann dem Hause die Versicherung geben, daß niemand sich dessen besser bewußt ist als ich.

Württ. Amtsgericht Neuenbürg.

In das Handelsregister ist am 23. Juni 1923 eingetragen worden: I. Abteilung für Einzelfirmen, bei der Firma **Hans Lauer**, vorm. Richard Köckler, Sägewerk, Holzhandlung und Kistenfabrikation, Herrenalb. Die Firma ist erloschen;

II. Abt. für Ges.-Firmen, Bd. II, neu: **Hans Lauer**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Sitz Herrenalb. Gegenstand des Unternehmens: Erwerb und Ausnützung: 1. des dem Gesellschafter Hans Lauer gehörigen und unter der Einzelfirma Hans Lauer vorm. Richard Köckler betriebenen Sägwerksanwesens samt Wasserkraft (Grundbuchheft der Gde. Herrenalb 534 Abt. I Nr. 1, 3—9, Geb. 24 und Parz. Nr. 646, 308, 648, 650/3, Bach 6/2, 6/3, 6/4, 6/5) nebst Aktiven und Passiven; 2. des den Gesellschaftern Philipp Mayer und Karl Heinrich Mayer je zur Hälfte gehörigen Fabrikanwesens einschließlich Wasserkraft und Wasseranlagen (Grundbuchheft der Gde. Herrenalb 290a Abt. I Nr. 9, 217a Abt. I Nr. 7, je die Miteigentumshälfte an Parz. Nr. 45/1, Geb. 8 mit a und b, Parz. Nr. 47/4, 47/3, je 1/4 an Parz. Nr. 14/1,2). Ausgenommen ist der gesamte Geschäftsbetrieb der Papierwarenfabrik „Gebrüder Mayer in Herrenalb". Unberührt bleibt die Pachtung dieser Grundstücke durch die Firma Gebrüder Mayer. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich außerdem an Unternehmungen zu beteiligen, welche in den Rahmen des Gesellschaftszweckes fallen, sofern nicht Separat-Vertragsverbindlichkeiten eines oder mehrerer der Gesellschafter dies ausschließen. Das Stammkapital beträgt 6 Millionen Mark. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. März 1923 abgeschlossen worden. Geschäftsführer sind: Hans Lauer, Sägwerksbesitzer, Philipp Mayer, Fabrikteilhaber, Karl Heinrich Mayer, Fabrikteilhaber, alle in Herrenalb. Die Gesellschaft wird stets durch zwei der Geschäftsführer gemeinsam vertreten. (Nicht eingetragen: Der Gesellschafter Lauer bringt die oben unter 1 genannten Grundstücke im Wert von 3 138 000 Mark abzüglich 1 138 000 Mk. der Hypothekenschulden in die Gesellschaft ein, sodaß der Geldwert seiner Einlage 2 000 000 Mark beträgt. Der Gesellschafter Philipp Mayer und Karl Heinrich Mayer bringen die unter 2 genannten Grundstücke im Wert von 4 440 000 Mark abzüglich 440 000 Mark Hypothekenschulden in die Gesellschaft ein, sodaß der Geldwert ihrer Einlage 4 000 000 Mark beträgt. Nutzen und Lasten gehen vom 1. April 1923 auf die Gesellschaft über. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Reichsanzeiger.

II. Abt. für Gesellschaftsfirmen Bd. I: bei der Firma **Rehfuß & Cie.**, Sitz Höfen. Dem Kaufmann Eugen Rehfuß jr. in Höfen a. Enz ist Prokura erteilt.

Metzger-Innung.

Neuer Fleischpreis ab Donnerstag, 5. Juli 1923:

Ochsen- u. Rindfleisch	p. Pfd.	Mk. 23 000
Kalbfleisch	„ „	Mk. 22 000
Schweinefleisch	„ „	Mk. 25 000

Bestellte

Schweine

heute abend abholen.

Händler Buchter, Arnbach.

Turn-Verein Neuenbürg.

Morgen **Samstag abend 9 Uhr im Lokal**

Versammlung

des **Turn- und Turner-Gesangvereins**, zu welcher das Erscheinen sämtl. Turner und Sänger (auch Passive) notwendig ist. Singstunde präzis 8 Uhr.

D. W. V.

Samstag, den 7. ds., abends 7 Uhr,

Versammlung

bei **Kieser.** Erscheinen notwendig.

Der Vorstand.

Wildbad.

Serviermädchen,

(auch Anfängerin) kann sofort eintreten.

Angebote an

Gasthaus zum „Hirsch", Telefon 66.

Gebildetes Fräulein, 23 J., perfekt in allen häuslichen Arbeiten, sucht Stellung per 1. Aug. als

Stütze

in **Neuenbürg oder näherer Umgebung** in ruhigen Haushalt oder **zu Kindern,** da Erfahrungen in Säuglingspflege.

Gefl. Ang. unter E. Sp. an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Birkenfeld.

Gebrauchte

Dezimal-Wage

zu kaufen gesucht.

Sonnenmühle.

Kaufe

Gold, Silber, Platin, alte Schmuckstücke

zum Einschmelzen, sowie

Gold- und Silbermünzen

(auch deutsche).

August Metsch, Pforzheim, Edelmetallhandlung, **Waisenhausplatz 4,** Telefon 3468.

Neuenbürg.

Schwarze

Johannisbeeren

kauft jedes Quantum

Schmidt & Großkopf.

Gräfenhausen—Ellmendingen.

Hochzeits-Einladung.

Zu unserer am

Sonntag, den 8. Juli 1923

im Gasth. z. „Rößle" in Gräfenhausen

stattfindenden

Hochzeitsfeier

laden freundlichst ein

Ernst Wolfinger, Gräfenhausen,
Sohn des Chr. Wolfinger, Bauers daselbst.

Emilie Drollinger, Ellmendingen,
Tochter des Wilh. Drollinger, Bautechnikers daselbst.

Kirchgang 11 Uhr in Gräfenhausen.

Neuenbürg—Waldrennach.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag, den 7. Juli 1923

stattfindenden

Hochzeits-Feier

zu einem

gemütlichen Beisammensein

bei Fritz Kirn in Neuenbürg

freundlichst einzuladen.

Christian Hermann, Schleifer,
Sohn des Friedr. Hermann, Küblers in Neuenbürg.

Berta Zoll,
Tochter des Eugen Zoll, Graveurs in Waldrennach.

Oberhausen, den 5. Juli 1923.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen innigstgeliebten Gatten, unseren treubesorgten Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Schwager

Gottfried Dittus, Straßenwart,

unerwartet rasch durch einen Schlaganfall uns zu entreißen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau **Wilhelmine Dittus mit Kindern und Angehörigen.**

Beerdigung: Samstag nachmittag 3½ Uhr.

Dobel, den 5. Juli 1923.

Danksagung.

Für die uns von allen Seiten zuteil gewordene herzliche Anteilnahme an dem schweren Leid, in welches wir durch den allzufrühen Heimgang unseres lieben Sohnes

Wilhelm

versetzt worden sind, für die schönen Blumen- und Kranzspenden, für die zahlreiche Beteiligung an seinem Begräbnis, sowie den ehrenden Gesang des Liederkranzes, sprechen wir auf diesem Weg unseren herzlichen Dank aus.

Familie **Wilh. Müller,** Schreinermeister.

Visitenkarten

liefert rasch und billig

die **C. Meeh'sche Buchdruckerei.**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw